



Aufschwung der schlechten Jobs

Bilanz der Beschäftigungsentwicklung seit 2000

Stagnation, Aufschwung und Krise.....	2
Erwerbstätigkeit und Unterbeschäftigung	3
Mehr prekäre Beschäftigung, weniger reguläre Vollzeit	5
Lohndumping, schwache Wachstums- und Beschäftigungsentwicklung	10

Der Arbeitsmarkt in Deutschland zeigt sich trotz Krise erstaunlich robust. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit war geringer als erwartet, mittlerweile steigt die Anzahl der Erwerbstätigen sogar wieder an. Zuvor hatte die Erwerbstätigenzahl von 2005 bis 2008 kräftig zugenommen und die Arbeitslosigkeit war zurückgegangen. Glaubt man den Verlautbarungen der Bundesregierung, ist dies eine Folge der Arbeitsmarktreformen, die vor allem mit den Stichworten Hartz und Agenda 2010 verbunden sind.

Eine genauere und kritische Betrachtung der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre und der Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt kommt zu anderen Ergebnissen.

Angeblich segensreiche Wirkungen der rot-grünen Arbeitsmarktreformen lösen sich bei genauer Analyse in Luft auf.

Stagnation, Aufschwung und Krise

Die Behauptung der neoliberalen Arbeitsmarktreformer lautet: Die Liberalisierung des Arbeitsmarktes – also weniger sozialer Schutz für Beschäftigte und Erwerbslose – sowie niedrigere Löhne führten zu mehr Beschäftigung und höherem Wirtschaftswachstum. Die Realität zeigt jedoch ein anderes Bild. Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt hängen von der wirtschaftlichen Entwicklung ab – und nicht umgekehrt. Durch die extrem schlechte Lohnentwicklung in Deutschland haben sich Wachstum und Beschäftigung schlechter und nicht besser entwickelt als in vergleichbaren Ländern.

Entscheidend für die Entwicklung der Beschäftigung ist das gesamtwirtschaftliche Wachstum, nicht die „Flexibilität“ des Arbeitsmarktes.

2001 bis 2005 erlebte Deutschland eine lange Krisen- und Stagnationsphase. Hauptursache war die schlechte Entwicklung der Löhne und Gehälter sowie die Beschränkung der staatlichen Ausgaben im Zuge der Kürzungspolitik unter Finanzminister Eichel und der Agenda 2010. Dies hat zu einer extremen Schwäche der Binnennachfrage geführt. Von 2005 bis ins Jahr 2008 hinein folgte ein normaler wirtschaftlicher Aufschwung, den der damalige Außenminister Steinmeier 2007 noch zu einem „dritten deutschen Wirtschaftswunder“ hochstilisierte. Doch im historischen Vergleich war dieser Aufschwung schwach. Das Wachstum betrug in den Jahren 2006 bis 2008 durchschnittlich lediglich 2,3 Prozent im Jahr.

Der Aufschwung war vor allem durch den starken Anstieg der Exporte getragen. Die deutsche Industrie profitierte vom weltweiten Aufschwung der Wirtschaft, des Handels und der Investitionen. Im Inland setzte allmählich der ebenfalls normale konjunkturellen Wiederanstieg der Investitionen ein. Der private Konsum hingegen stagnierte. Selbst im Aufschwung setzte sich

die Stagnation bzw. der Rückgang der Reallöhne fort. Die gesamte Summe der Bruttolöhne und -gehälter sank 2000 bis 2008 preisbereinigt um 2,0 Prozent.

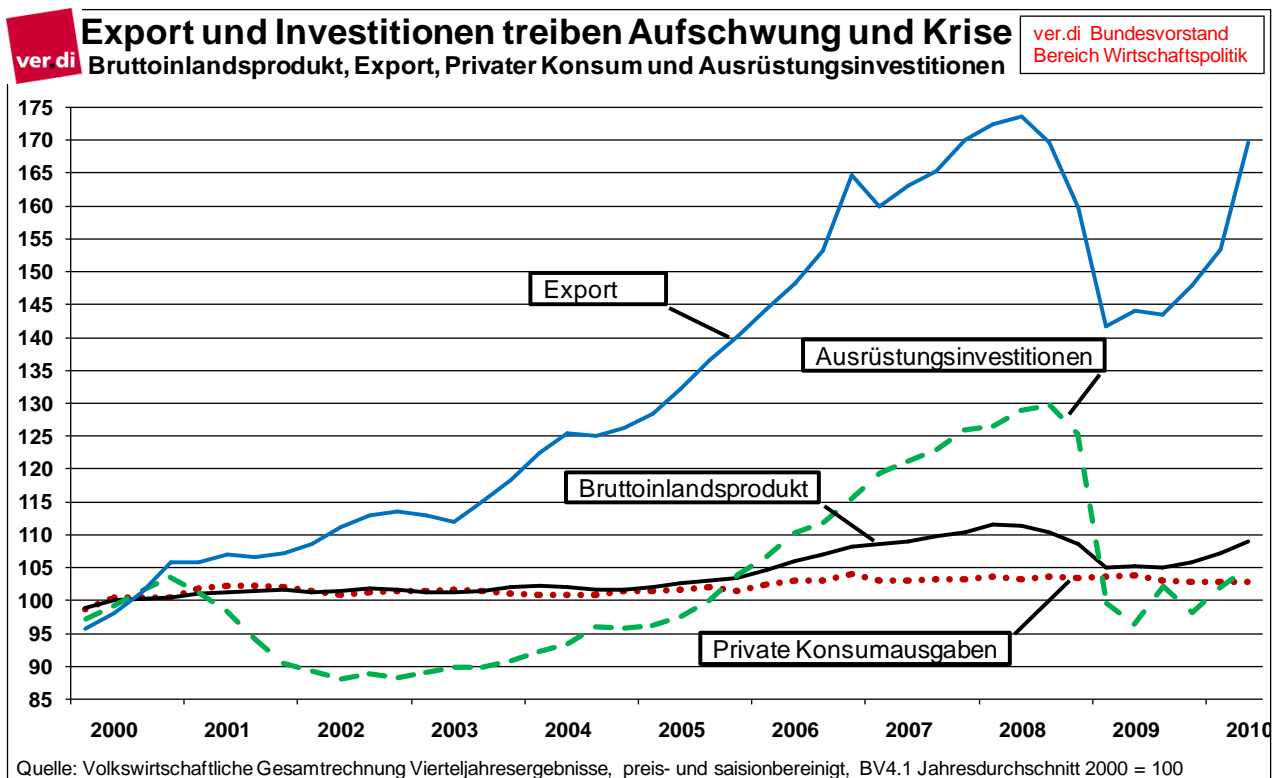
Der Rückgang der Reallöhne selbst im Aufschwung schwächte das Wachstum und die Beschäftigungsentwicklung.

Geschwächt durch den daniederliegenden Binnenmarkt wurde Deutschland im Verlauf des Jahres 2008 von der schärfsten Krise der Weltwirtschaft seit 80 Jahren getroffen. 2009 schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt um knapp fünf Prozent. 2010 ist wieder ein Wachstum von zwei bis drei Prozent zu erwarten. Erneut wird es vom steigenden Export insbesondere in die aufstrebenden Schwellenländer getragen.

Erwerbstätigkeit und Unterbeschäftigung¹

Die von allen Arbeitnehmern und Selbständigen tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden (gesamtes Arbeitsvolumen) betragen 57,7 Milliarden Stunden im Jahr 2000 und sanken auf 55,7 Milliarden Stunden in 2005. In Folge des Aufschwungs stieg das Arbeitsvolumen 2008 wieder auf 57,6 Milliarden Stunden an, also etwa das gleiche Niveau wie im Jahr 2000.

Die Zahl der Erwerbstätigen hängt sowohl vom Arbeitsvolumen wie auch den jeweiligen Arbeitszeiten ab. Im Zeitraum 2000 bis 2008 nahm die durchschnittliche Jahresarbeitszeit um 43



¹ Im Folgenden werden die Jahre 2000 und 2008 verglichen, weil in diesen Jahren die Beschäftigung jeweils einen Höchststand vor der anschließenden Krise erreichte.

Stunden bzw. drei Prozent ab. Deshalb lag die Zahl der Erwerbstätigen 2008 trotz gleichem Arbeitsvolumen um 1,1 Millionen höher als 2000. Sie war zunächst von 2001 bis 2005 von 39,3 auf 38,8 Millionen gesunken. Im Aufschwung stieg sie auf 40,3 Millionen in 2008.

2009 folgte der Einbruch beim Bruttoinlandsprodukt um knapp fünf Prozent. Bei unveränderter Produktivität und Arbeitszeit wäre die Erwerbstätigenzahl 2009 um zwei Millionen gesunken. Tatsächlich sank sie jedoch nur um einige Tausend. Dies lag daran, dass die durchschnittliche Jahresarbeitszeit um etwa drei Prozent abnahm.² Außerdem haben viele Betriebe Beschäftigte nicht entlassen, auch wenn diese nicht voll zu tun hatten. Dadurch sank automatisch die Produktivität.

Die massive Inanspruchnahme von Kurzarbeit sowie der Abbau von Überstunden und von Guthaben auf Arbeitszeitkonten haben einen starken Anstieg der Arbeitslosigkeit in der Krise verhindert.

Es waren also gerade nicht die Arbeitsmarktreformen der vorangegangenen Jahre und die dadurch flexibilisierten Beschäftigungsverhältnisse, die einen stärkeren Anstieg der Arbeitslosigkeit verhinderten haben. Tatsächlich war dafür vor allem der Ausbau des traditionellen Instruments Kurzarbeit und die interne Flexibilität stabiler Dauerbeschäftigungsverhältnisse in der Industrie verantwortlich.

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen stieg zwischen 2001 und 2005 von 3,9 Millionen auf 4,9 Millionen. Im folgenden Aufschwung sank sie bis 2008 auf 3,3 Millionen und lag damit um etwa 600.000 niedriger als 2000 und 2001. Im Krisenjahr 2009 stieg sie entgegen aller Erwartungen nur um 160.000 auf gut 3,4 Millionen

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen ist jedoch keine nur durch die Entwicklung der Erwerbslosigkeit bestimmte Zahl. In der Vergangenheit hat die Bundesagentur für Arbeit (BA) wiederholt die Kriterien geändert. Die offiziell verkündete „registrierte Arbeitslosigkeit“ ist erheblich niedriger als die tatsächliche Arbeitslosigkeit.

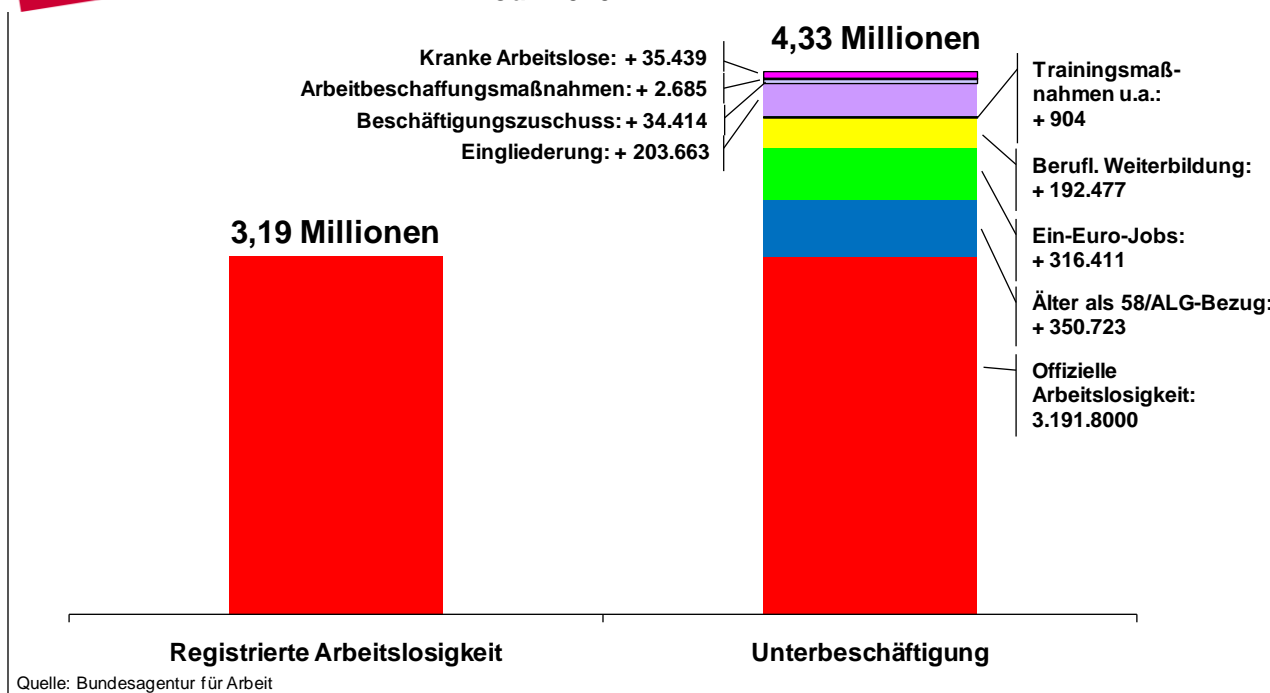
Zwar weist die BA seit einiger Zeit auch die erweiterte Kategorie der „Unterbeschäftigung“ aus. Allerdings kommt sie in Berichten über den Arbeitsmarkt praktisch nicht vor. Dabei spiegelt sie die Realität auf dem Arbeitsmarkt wesentlich besser wider. Hier werden nämlich auch die Arbeitslosen mitgezählt, die über private Vermittler in Beschäftigung gebracht werden sollen, Personen in beruflicher Weiterbildung, Arbeitsgelegenheiten, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, sowie Personen, die die älter als 58 Jahre sind und Arbeitslosengeld I oder II beziehen. Hinzu kommen Empfängerinnen und Empfänger von Gründungszuschüssen zur Selbst-

² IAB-Kurzbericht 3/2010, S. 3.

Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung

Juli 2010

ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik



ständig und schließlich Menschen, die aufgrund von Krankheit dem Arbeitsmarkt zum Stichtag nicht zur Verfügung stehen.

Gemäß dieser weitergehenden Definition waren im Juli 2010 4,33 Millionen Menschen ohne reguläre Beschäftigung. 1,14 Millionen mehr als offiziell arbeitslos registriert sind. Hinzu kommt die **Kurzarbeit**, die 2009 massiv um über eine Millionen auf 1,14 Millionen ausgeweitet wurde. Dies entsprach durchschnittlich 370.000 Beschäftigungsverhältnissen, die so gesichert wurden.

Die gesamte Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung ist weit höher als die registrierte Arbeitslosigkeit.

Angesichts der Veränderungen in der offiziellen Statistik der BA gibt die **Zahl der Erwerbslosen** nach dem Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation ILO ein genaueres Bild des Verlaufs der Erwerbslosigkeit. Die ILO erfasst die Erwerbslosigkeit immer nach den gleichen einheitlichen Kriterien und ermöglicht so eine internationale Vergleichbarkeit. Nach den ILO-Zahlen lag die Erwerbslosigkeit 2008 ebenso hoch wie 2000.

Mehr prekäre Beschäftigung, weniger reguläre Vollzeit

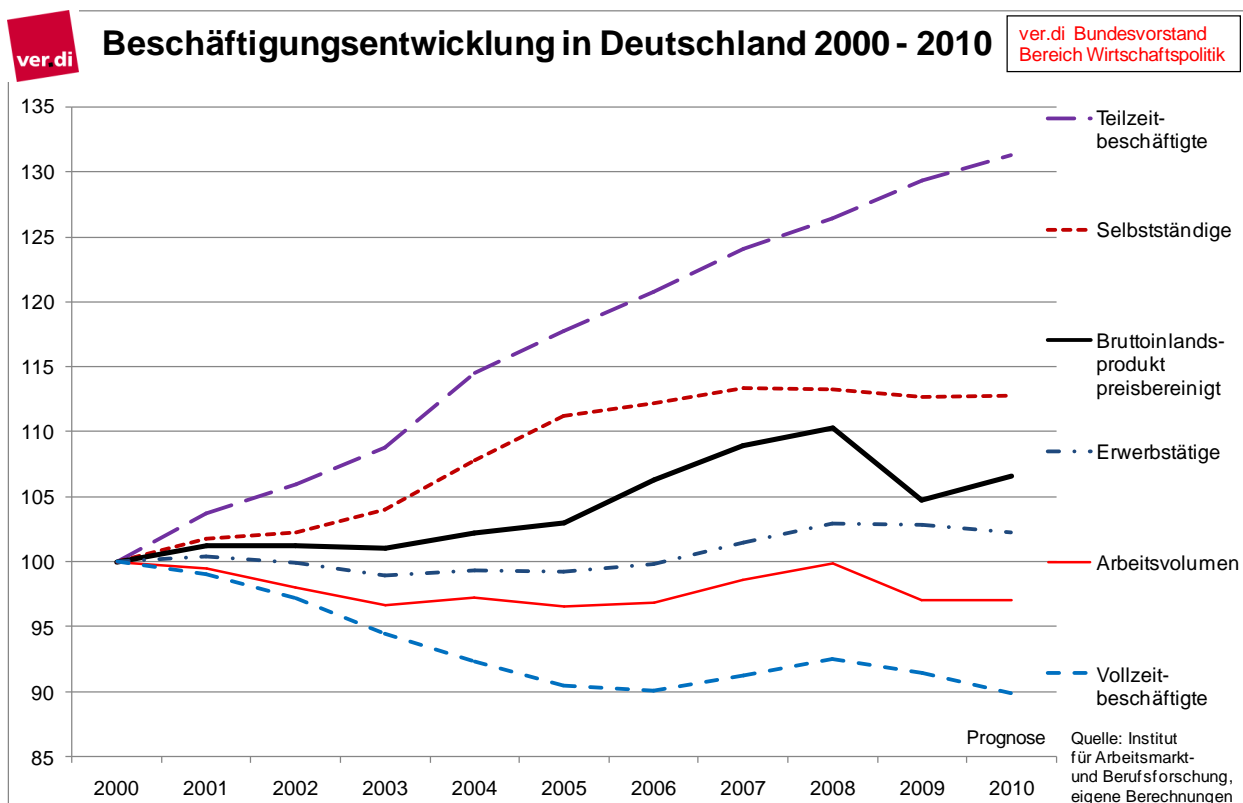
Jenseits der rein quantitativen Veränderung der Beschäftigung zeigt eine qualitative Analyse, dass sich die **Struktur der Beschäftigung** gravierend verändert und verschlechtert hat. Unter

den Erwerbstätigen sind immer mehr, die nur einer geringfügigen und nicht mehr Existenz sichernden Beschäftigung nachgehen.

Selbst Arbeitslosengeld II-Beziehende in **Ein-Euro-Jobs** gelten in der Statistik nicht als arbeitslos, sondern als erwerbstätig. Das sind mittlerweile über 300.000 Personen. Die Zahl der sonstigen ausschließlich **geringfügig Beschäftigten** stieg von 4,8 Millionen im Jahr 2000 auf 5,6 Millionen 2008 (darunter 4,9 Millionen in **Mini-Jobs**), also um etwa 800.000. Auch sie zählen sämtlich als Erwerbstätige, auch wenn es z.B. Studierende sind oder Menschen, die eigentlich eine Vollzeitstelle suchen. Die herkömmliche **Teilzeitbeschäftigung**, überwiegend in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen, stieg ebenfalls stark an, von 4,8 Millionen im Jahr 2000 auf 6,2 Millionen 2008.

Die Teilzeitbeschäftigung in all diesen Formen zusammen stieg zwischen 2000 und 2009 um fast ein Drittel auf 12,4 Millionen und nahm dabei auch im Krisenjahr 2009 um 270.000 weiter zu. Die Teilzeitquote lag damit 2009 bei 34,5 Prozent aller abhängig Beschäftigten gegenüber 27,5 Prozent in 2000. Der Frauenanteil an den Teilzeitbeschäftigten lag bei 75,1 Prozent. Die Teilzeitquote der beschäftigten Frauen stieg von 44,8 Prozent im Jahr 2000 auf 52,3 Prozent in 2009, die der Männer von 11,1 auf 17,1 Prozent.

Die Zahl der **Selbstständigen** und mithelfenden Angehörigen wuchs seit 2000 um über 500.000 oder 13 Prozent, interessanterweise überwiegend in der Stagnationsphase bis 2005. Ihr Anteil an allen Erwerbstätigen stieg von zehn Prozent 2000 auf elf Prozent 2009. Der Zu-



wachs resultiert allerdings ausschließlich aus „**Solo-Selbständigen**“ ohne weitere Beschäftigte. Ein großer Teil von ihnen hat sich notgedrungen aus der Arbeitslosigkeit bzw. in Ermangelung einer anderen Beschäftigung selbstständig gemacht. Dabei spielte auch die Ausweitung der Förderung durch die Ich-AG-Regelung eine Rolle. Solo-Selbstständige machen mittlerweile mit 2,3 Millionen deutlich mehr als die Hälfte aller Selbstständigen aus. 29 Prozent von ihnen, bei den Frauen sogar über 40 Prozent, erzielten 2008 ein monatliches Nettoeinkommen unter 1.100 Euro; bei den abhängig Beschäftigten waren das „nur“ 16 bzw. 25 Prozent.³

Von 2000 bis 2010 sind fast zweieinhalb Millionen bzw. zehn Prozent aller Vollzeitarbeitsplätze verloren gegangen.

Die Zahl der **vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer/innen** ging dagegen von 2000 bis 2005 um 2,45 Millionen zurück. Im anschließenden Aufschwung nahm sie bis 2008 um 510.000 zu. Insgesamt sank sie also im Zeitraum von 2000 bis 2008 um 1,94 Millionen. 2009 nahm sie um weitere 250.000 auf 23,5 Millionen ab. Der Frauenanteil liegt unverändert bei etwa 36 Prozent.

Die Entwicklung der regulären **Vollzeitbeschäftigung ohne Leiharbeit** stellt sich noch schlechter dar: Der Anstieg betrug im Aufschwung nur 220.000. Zwischen 2000 bis 2008 ging sie um über 2,3 Millionen zurück, 2009 erfolgte ein weiterer Rückgang um 100.000.

Das Mehr an Arbeitsplätzen entpuppt sich als ein Umbau von Vollzeit-arbeitsplätzen in viele Mini-, Midi- und Teilzeitjobs, von denen die Betroffenen nicht mehr leben können.

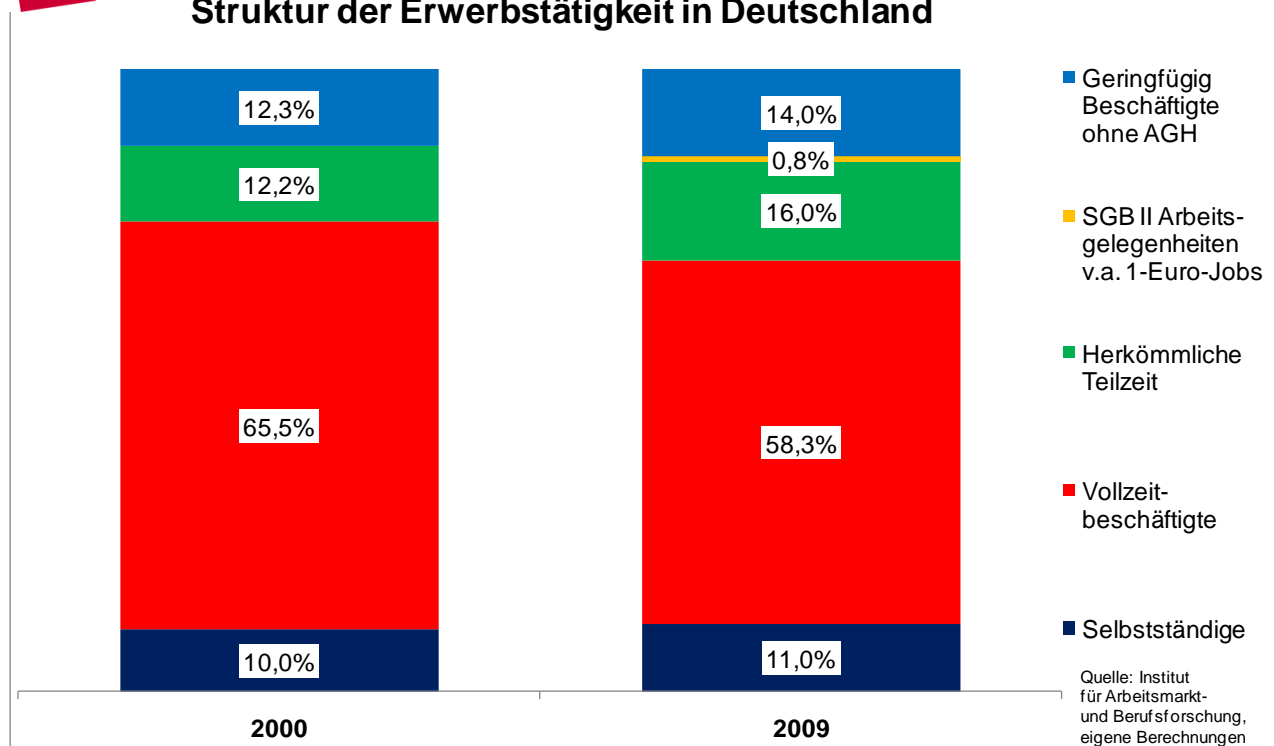
Die Zahl der Beschäftigten in **Leiharbeit** stieg von 330.000 im Jahr 2000 auf 770.000 im Jahr 2008. Etwa 90 Prozent der Leiharbeiter sind Vollzeitbeschäftigte. Der Anteil der Leiharbeit am gemeldeten Angebot „normaler“ ungeförderter Arbeitsstellen stieg von 18 Prozent in 2003 auf 32 Prozent in 2008.⁴ Leiharbeit war am stärksten von der Krise betroffen. Die Beschäftigtenzahl nahm im Jahresdurchschnitt 2009 gegenüber 2008 um 170.000 ab. 2010 nimmt die Beschäftigtenzahl in der Leiharbeit wieder kräftig zu und nähert sich Vorkrisenniveau.

Rund 2,7 Millionen der insgesamt 30,7 Millionen abhängig Beschäftigten im Alter von 15 bis unter 65 Jahren (ohne Auszubildende und Schülerinnen, Schüler und Studierende mit Nebenjob) hatten 2008 nur ein **befristetes Beschäftigungsverhältnis**. Das waren 8,9 Prozent aller Beschäftigten (8,4 Prozent der Männer, 9,5 Prozent der Frauen). Im Jahr 2000 waren es lediglich 7,2 Prozent der Beschäftigten, also über eine halbe Millionen weniger. Bei den unter 30-

³ Vgl. Wirtschaft und Statistik 12/2009, insb. S. 1205ff und 1214f.

⁴ Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarktberichterstattung, Januar 2010, S. 13 und 15; sowie DGB arbeitsmarkttaktuell Nr. 04 / März 2010.

Immer weniger Vollzeitbeschäftigte Struktur der Erwerbstätigkeit in Deutschland

 ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik


Jährigen hatten 2008 über 21 Prozent der Beschäftigten nur einen befristeten Vertrag.⁵ Über 40 Prozent aller neu abgeschlossenen Arbeitsverträge sind nur befristet, bei Großbetrieben sind es sogar 60 Prozent.⁶

Der Anteil der **Niedriglöhner/innen**, die weniger als zwei Drittel des mittleren Lohns (Medianlohn) bekommen, ist von 2000 bis 2008 um 1,3 Millionen auf über 6,5 Millionen und damit 21 Prozent der Beschäftigten gestiegen. 30 Prozent der beschäftigten Frauen sind betroffen, über zwölf Prozent der Männer.

Immer mehr Erwerbstätige sind prekär beschäftigt, also unsicher und schlecht bezahlt: in Ein-Euro-Jobs, in Mini-Jobs oder in Teilzeit, befristet, in Leiharbeit, oder als Solo-Selbstständige.

Die Ausweitung atypischer Beschäftigung trieb die Ausdehnung des Niedriglohnsektors an. Minijobs sind zu über 86 Prozent, befristete Beschäftigungen zu 39 Prozent im Niedriglohnbereich angesiedelt, sozialversicherungspflichtige Teilzeit zu 25 Prozent, Vollzeitbeschäftigte nur zu 12,7 Prozent, jeweils bezogen auf die Stundenlöhne. Leiharbeit wird zu gut zwei Dritteln unter Niedriglohnbedingungen verrichtet.⁷

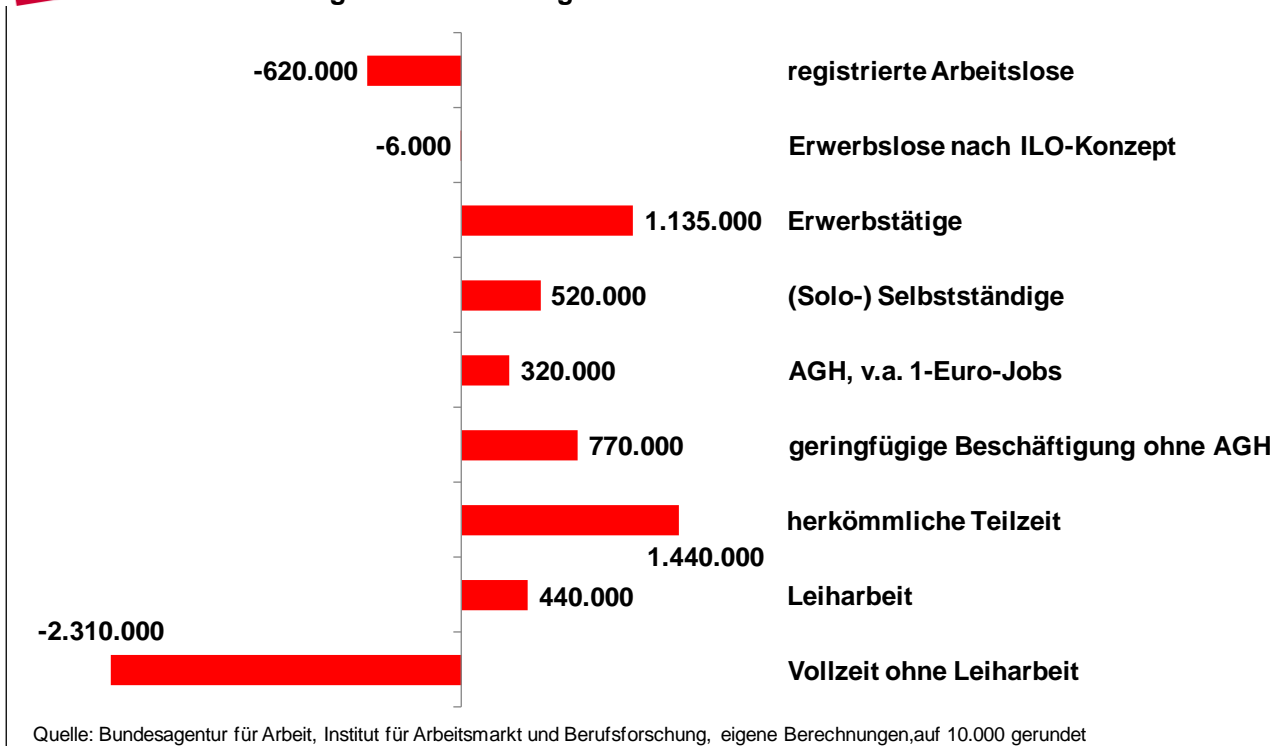
⁵ Statistisches Bundesamt, STATmagazin, 16. März 2010.

⁶ L. Bellmann/G. Fischer/C. Hohendanner, Handbuch Arbeitsmarkt 2009, S. 386

⁷ IAQ-Report Nr. 6, 2010; Statistisches Bundesamt, Niedrigeinkommen und Erwerbstätigkeit, August 2009, S. 15

Mehr Beschäftigung - aber was für welche? Veränderung der Erwerbstätigenzahlen von 2000 bis 2008

ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik



Im **internationalen Vergleich** ist der Anteil regulärer Vollzeitbeschäftigung in Deutschland mittlerweile besonders niedrig und der Rückgang besonders stark, insbesondere im Dienstleistungssektor.⁸ Es ist auch eine deutsche Besonderheit, dass die Löhne im Dienstleistungsbereich deutlich niedriger sind als in der Industrie.⁹ Prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Niedriglöhne sind in Deutschland im internationalen Vergleich überdurchschnittlich stark gestiegen und insbesondere im Dienstleistungsbereich extrem stark verbreitet.¹⁰

Als **Ursachen** sind politisch durchgesetzte „Flexibilisierungen“ des Beschäftigungssystems wie die Einschränkung des Kündigungsschutzes, die Ausweitung der Befristungsmöglichkeiten und die erweiterte Förderung von Mini-Jobs anzusehen. Eine wichtige Rolle spielen ebenfalls umfassende Privatisierungen vormals öffentlicher Dienstleistungen der Daseinsvorsorge, die der Ausbreitung von Niedriglöhnen im Nahverkehr, in der Entsorgungswirtschaft, bei den Post- und Kommunikationsdiensten usw. den Weg bereitet haben.

Die „Arbeitsmarktreformen“ haben die Prekarisierung der Beschäftigung und die Ausweitung der Niedriglöhne massiv vorangetrieben.

⁸ W. Eichhorst u.a., Traditionelle Beschäftigungsverhältnisse im Wandel, Bertelsmann-Stiftung 2009, insb. S. 11 und S. 15ff.

⁹ IMK Report Nr. 44, Dezember 2009

¹⁰ W. Eichhorst/P. Marx/E. Thode, Atypische Beschäftigung und Niedriglohnarbeit, Bertelsmann-Stiftung 2010

Hinzu kam die lohndrückende Wirkung von Hartz IV mit dem Wegfall eines wirksamen Zuzumutbarkeitsschutzes, dem Wegfall der Arbeitslosenhilfe und der immer mehr um sich greifenden Kombilohnwirkung durch „aufstockendes“ Arbeitslosengeld II. Dafür wurden 2009 elf Milliarden Euro ausgegeben. Von 2005 bis 2009 summieren sich diese Ausgaben auf fünfzig Milliarden Euro. Anders als früher sind Langzeiterwerbslose heute gezwungen, einen angebotenen Job auch dann anzunehmen, wenn ihre Hilfebedürftigkeit dadurch nicht beendet, sondern nur gemindert wird. Dies stellt geradezu eine Einladung an Arbeitgeber dar, für ALG-II-BezieherInnen in Frage kommende Stellen zu Armutslöhnen zu vergeben.

Lohndumping, schwache Wachstums- und Beschäftigungsentwicklung

In der Folge dieser Politik war die Lohn- und Gehaltsentwicklung in Deutschland im vergangenen Jahrzehnt extrem schlecht. Je Beschäftigtem sanken die preisbereinigten Bruttolöhne und -gehälter von 2000 bis 2008 um 3,7 Prozent, je Stunde um 1,2 Prozent. Die Nettolöhne sanken ebenso stark. Die Lohnquote am Volkseinkommen sank von 72,2 auf 65 Prozent.

Der „Erfolg“ der Arbeitsmarktreformen besteht wesentlich darin, dass trotz Aufschwung die Reallöhne sanken.

Neoliberale Ökonomen und Politiker behaupten immer wieder, niedrige Löhne würden zu mehr Beschäftigung führen. Die Realität zeigt jedoch ein ganz anderes Bild: Die Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung in Deutschland verlief nicht etwa besser, sondern sogar deutlich schlechter als in den anderen vergleichbaren Ländern. In Frankreich etwa war die Wirtschaftsleistung 2008 um 14 Prozent höher als 2000, in Deutschland nur um zehn Prozent. Die Beschäftigung in Vollzeitäquivalenten war in Frankreich 7,1 Prozent höher, in Deutschland dagegen 0,8 Prozent niedriger als acht Jahre zuvor.¹¹

Vor diesem Hintergrund kommt das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) zu dem Ergebnis: „Insgesamt hätte Deutschland von einem höheren Lohnwachstum profitiert. Die Exporte hätten zwar weniger zugenommen, und damit auch das durch sie induzierte Wachstum. Die stärkere Binnenwirtschaft hätte das aber mehr als kompensiert: Wachstum, Löhne und Beschäftigung wären höher gewesen.“¹²

Profitiert hat die Kapitaleseite, insbesondere die Exportindustrie. Gewinne und Vermögenseinkommen wiesen von 2000 bis 2008 ein – auch im internationalen Vergleich – exorbitantes Wachstum auf. Sie stiegen um mehr als 50 Prozent, preisbereinigt um über 30 Prozent, preis-

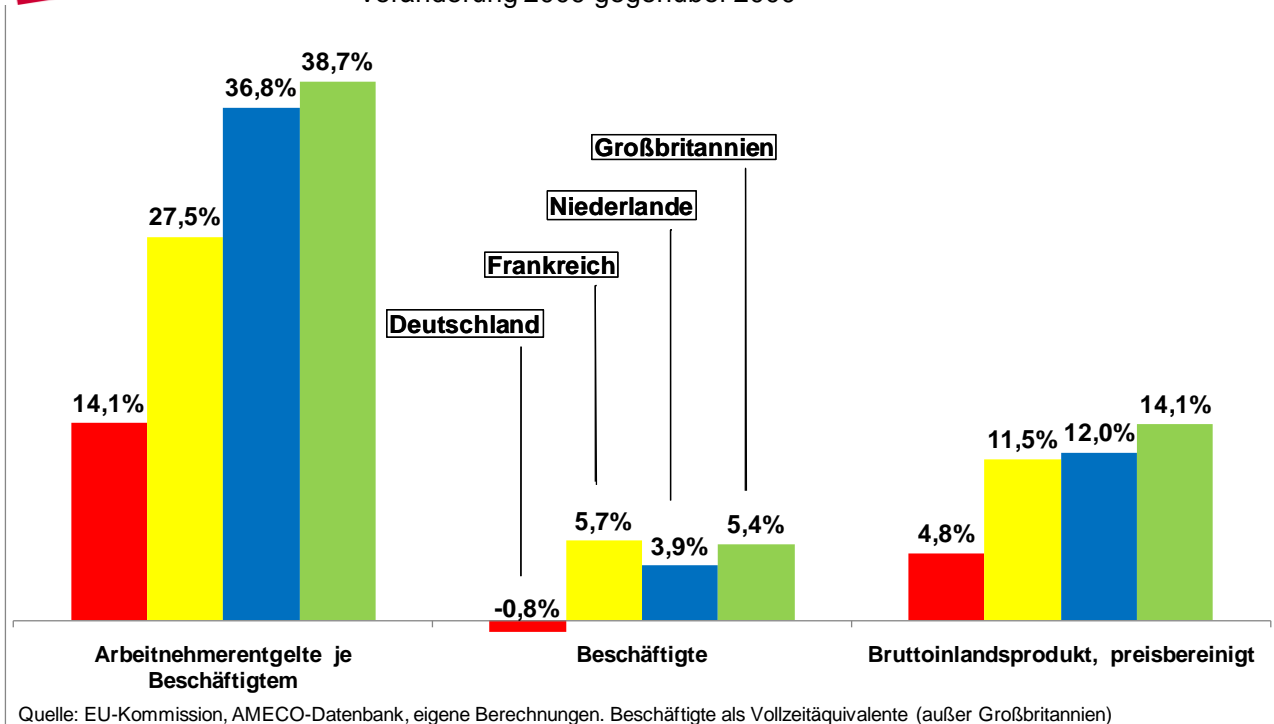
¹¹ EU Ameco-Datenbank und IMK, Policy Brief, März 2010 sowie IMK Report Nr. 53, August 2010

¹² IMK Studies 4/2009, S. 22f.

Mehr Lohn - mehr Beschäftigung

Veränderung 2009 gegenüber 2000

ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik



bereinigt netto um über 35 Prozent. Die Politik hat sich in den Dienst einer rabiaten Umverteilung, eines Klassenkampfes von oben gestellt.

Die Arbeitsmarktreformen haben sich erheblich negativ auf die Beschäftigungsentwicklung in Deutschland und auf die Lage der Beschäftigten wie der Erwerbslosen ausgewirkt.

Die relativ stabile Beschäftigungsentwicklung in der Krise ist gerade nicht auf die Deregulierung des Arbeitsmarktes zurückzuführen, sondern auf das massive Greifen traditioneller Instrumente aktiver Arbeitsmarktpolitik, insbesondere die Kurzarbeit, sowie den Abbau von Überstunden und Arbeitszeitkonten bei den weiterhin regulär Vollzeitbeschäftigten. Dazu kam eine antizyklische Fiskal- und Beschäftigungspolitik durch die Konjunkturpakete in Deutschland und anderswo.

Die neoliberale Politik der Liberalisierung aller Märkte und Umverteilung von unten nach oben hat sich in der Weltfinanz- und Wirtschaftskrise blamiert. Der Zusammenbruch konnte nur durch massives Eingreifen der Staaten verhindert werden. Dennoch versuchen die wirtschaftlich und politisch herrschenden Kräfte, die Lasten der Krise den Beschäftigten und sozial Benachteiligten aufzubürden und ihren Kurs verschärft fortzusetzen. Notwendig ist das Gegenteil: höhere Löhne statt Lohndumping, eine Beteiligung von Banken, Unternehmen und Vermögenden an den Kosten der Krise und Ausbau statt Abbau des Sozialstaats sowie eine umfassende Re-Regulierung und Demokratisierung der Wirtschaft.